

SCHUTZ

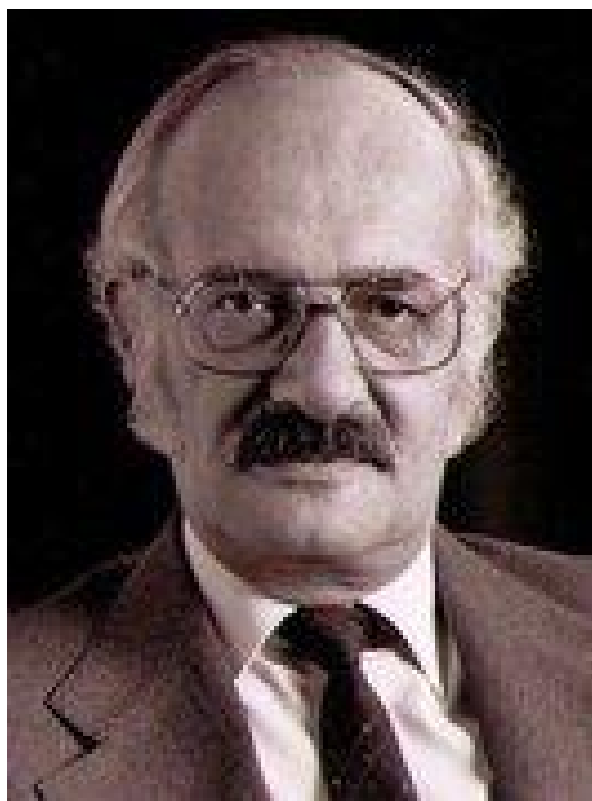


vor Kriminalität

Nr. 2/2009

Mitgliederinformation

Berlin, Mai 2009



Ingo Herrmann
* 16. Januar 1931
† 16. April 2009

Liebe Mitglieder,

zusammen mit seiner Frau Ingrid und seinen Angehörigen trauern wir um **Ingo Herrmann**, der am 16. April 2009 im Alter von 78 Jahren im Beisein seiner Ehefrau nach langer, schwerer Krankheit friedlich in seiner Mittagsruhe entschlafen ist.

Ihm und seinen Angehörigen ist durch diesen plötzlichen Tod ein längeres Leiden mit den entsprechenden Folgen für alle Betroffenen erspart geblieben.

Vor fast 25 Jahren, am 4. Juni 1984, war Ingo Herrmann einer der „Gründungsväter“ unserer Initiative Schutz vor Kriminalität e.V.

Hier war er in den ersten Jahren als 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, vor allem aber auch von Anfang an bis zum 30. April 2005, als er das Amt an seinen „Wunschkandidaten“ Winfried Roll übergab, 21 Jahre lang als 1. Geschäftsführer tätig, danach stand er uns bis 29. April 2006 noch ein weiteres Jahr als 2. Geschäftsführer zur Verfügung.

Ingo Herrmann war in der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der ISVK immer ein zuverlässiger Ideengeber, der mit seiner langjährigen Erfahrung ein stabilisierender Faktor gewesen ist.

Daher hatte er sich auch auf die Mitgliederversammlung „seiner“ ISVK am 25. April 2009 ge-

danklich vorbereitet, an der er noch teilnehmen wollte; doch leider kam es dazu nicht mehr. Angehörige, Freunde und Kollegen nahmen am 28. April 2009 in einer bewegenden Trauerfeier in der Kapelle des Ev. Friedhofs Lichtenrade Abschied vom Verstorbenen.

In der ISVK werden wir Ingo Herrmann in ehrendem Gedenken in nachhaltiger Erinnerung behalten.

Ihr



Gert Wildenhein

Verein

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2009: VORSTAND IM AMT BESTÄTIGT – NEUE REGIONALBEAUFTRAGTE FÜR VIER BUNDESLÄNDER GEWÄHLT – FINANZIELLE SORGEN

Am 25. April 2009 fand im Restaurant „Reisel“, Berlin-Lichtenrade, die turnusmäßige Mitgliederversammlung der INITIATIVE SCHUTZ VOR KRIMINALITÄT statt, an der 24 Mitglieder teilnahmen. Die Versammlung bestätigte den Geschäftsführenden Vorstand in seinem Amt und wählte drei Mitglieder als Regionalbeauftragte für Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz, Hamburg und Schleswig-Holstein in den Gesamtvorstand. Die Regionalbeauftragten für Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die nicht mehr kandidierten, schieden aus dem Gesamtvorstand aus; die ISVK ist nun – außerhalb Berlins – in sieben Bundesländern durch Regionalbeauftragte vertreten. Beherrschendes Thema der Versammlung wie auch der anschließenden Sitzung des Gesamtvorstands war die finanzielle Situation des Vereins, die wegen ausbleibender Zuweisungen von Zahlungsaufgaben der Justiz immer kritischer wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Mitgliederversammlung der seit der letzten Versammlung Verstorbenen – unter ihnen unsere Gründungsmitglieder Ingo Herrmann und Günter Papstein – in einer Schweigeminute.

Der Vorsitzende, Gert Wildenhein, nannte in seinem einleitenden Bericht die Eckpunkte der Vereinsentwicklung und -aktivitäten. Der Mitgliederbestand war seit der letzten Versammlung vom April 2007 (188 Mitglieder) nur leicht rückläufig (April 2009: 182 Mitglieder), während die Finanzmittel drastisch zurückgingen: Anfang 2007 standen noch fast 38.000 € zur Verfügung, Anfang dieses Jahres waren es noch gut 23.000 € und derzeit sind es nur noch rund 16.000 €. Im ganzen letzten Jahr 2008 flossen uns aus Zahlungsaufgaben der Justiz nur 7.130 € zu, im laufenden Jahr 2009 sind Zahlungen bisher weder zugeflossen noch angekündigt.

So konnte die ISVK im Jahr 2007 noch gut 32.700 €, aber 2008 nur noch knapp 8.300 € und im laufenden Jahr bisher gerade 1.000 € für die Förderung der Kriminalprävention ausreichen; 450 € sind für die Förderung des vorbeugenden Brandschutzes bewilligt, aber noch nicht abgerufen. – Seit Anfang 2007 stammen vier Fünftel unseres Mittelzuflusses aus Zahlungsaufgaben der Justiz allein aus den beiden Ländern Thüringen und Hessen; aus Hessen kam in dieser Zeit auch der allergrößte Teil unseres Spendenaufkommens. Für diesen Erfolg engagierter Arbeit dankte der Vorsitzende dem Regionalbeauftragten für Thüringen, Jörg Scheibe, sowie dem abwesenden Regionalbeauftragten für Hessen, Kurt Maier.

Der 1. Geschäftsführer, Winfried Roll, bezeichnete in seinem Bericht den wenige Tage zuvor erfolgten Umzug der Geschäftsstelle aus dem Dienstgebäude Otto-Braun-Straße 27, 10178 Berlin (Mitte), in die Gallwitzallee 85 (Eingang Eiswaldtstraße 2), 12249 Berlin (Lankwitz), als die wesentlichste Veränderung des Bürobetriebs. Der Umzug bot die willkommene Gelegenheit, Uraltbestände an Inventar, Akten und Drucksachen problemlos zu entsorgen; hierfür und für die großzügige Unterstützung beim Transport des verbliebenen Umzugsguts sprach er der Berliner Polizei seinen Dank aus.

Wie er zum Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ausführte, stellt unser Internetauftritt schon nach der Zahl der Zugriffe das stärkste Medium dar; er ist im Mai 2007 gleich nach der letzten Mitgliederversammlung vollständig modernisiert und seitdem kontinuierlich topaktuell gehalten worden: Geförderte Projekte sind hier am Tag nach der Beschlussfassung und unsere Mitgliederinformationen am Tag des Versands gedruckten Fassung nachzulesen. Hierfür dankte er dem Beisitzer Internet, Jürgen Rose. Mit der Ausgabe Nr. 2/2007 konnte so auch das Vorhaben realisiert werden, die Mitgliederinformation per E-Mail zu versenden; bei zuletzt 182 Mitgliedern waren nur noch 116 Postanschriften (63,7 Prozent) mit der Druckfassung zu versorgen.

Von den Werbemitteln, die nach der 2006 beschlossenen Werbeoffensive beschafft worden waren, sind noch einige neue „Flyer“, gut vier Kartons Zettelboxen mit Werbeaufdruck sowie die Mitglieds-

Impressum	„Schutz vor Kriminalität“ – Mitgliederinformation der ISVK Eigendruck im Selbstverlag – Redaktion: KD a. D. Winfried Roll Initiative Schutz vor Kriminalität (ISVK) e. V. Gallwitzallee 85 (Eingang Eiswaldtstraße 2), 12249 Berlin Telefon/Telefax: 030 2473548 – E-Mail: post@isvk.de – Internet: www.isvk.de
-----------	---



abzeichen und Tischwimpel im neuen blau-gelben Corporate Design vorhanden; Kugelschreiber und Aktenlesezeichen waren zuerst vergriffen. Im Februar 2009 wurden für 1.063 € rund 5.000 inhaltlich aktualisierte Aktenlesezeichen in den neuen Farben beschafft, die der Versammlung vorgestellt wurden. Da auch die Mantelbögen der gedruckten Mitgliederinformation inzwischen so gestaltet sind, ist die Umstellung auf das neue Corporate Design bis auf rund 2.000 alte Briefbögen abgeschlossen.

Bei unserer Pressearbeit gelingt es weiterhin nur unseren Regionalbeauftragten „in der Fläche“, mit der Arbeit der ISVK in die Medien zu kommen. Während dort die Zeitungen sogar über ein einzelnes Anti-Gewalt-Training für Vorschulkinder ausführlich und bebildert berichten, ist der Hauptstadtbesuch selbst eine Förderung durch die ISVK über tausende Euro allenfalls eine Zehn-Zeilen-Notiz wert. Eigene Pressemitteilungen, die zu verschiedenen Gelegenheiten im Zusammenhang mit dem „Grundschulprojekt“ vorbereitet worden waren, blieben sämtlich unbeachtet, obwohl eine davon sogar über den Presseverteiler der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung verbreitet wurde.

In den Jahren 2007 und 2008 wurden 41.000 € zur Förderung kriminalpräventiver Projekte aufgewendet. Schwerpunkte der Förderung waren die Ausschreibungen zu gewaltpräventiven Projekten an Berliner Grundschulen („Grundschulprojekt“) über die Landeskommision Berlin gegen Gewalt, die von uns 2007 und 2008 mit insgesamt 10.000 € dotiert waren, und die Stiftung je eines Sonderpreises (zusammen 2.000 €) zum jährlichen Berliner Präventionspreis. – Wegen einer Neukonzipierung des „Grundschulprojekts“ ab 2009 und des dazu erwarteten längerfristigen, erheblichen Fördermitteleinsatzes beteiligt sich die ISVK derzeit nicht mehr am „Grundschulprojekt“, zum Berliner Präventionspreis wurde dieses Jahr ein Sonderpreis von 1.500 € ausgelobt. – Alle beschlossenen Förderungen der sechs Jahre seit 2004 sind jahrgangweise in unserem Internetauftritt nachzulesen.

Die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes – das frühere „Kriminalpolizeiliche Vorbeugungsprogramm“ – sowie WSD Pro Child e. V. wurden als Kooperationspartner gewonnen; zu ihnen sind in unserem Internetauftritt seit Mai beziehungsweise Oktober 2007 Partnerlinks geschaltet.



Von den Regionalbeauftragten konnten Kurt Maier (Hessen) und Kerstin Rößler (Sachsen-Anhalt) nicht teilnehmen; ihre schriftlichen Berichte wurden vom 1. Geschäftsführer vorgestellt. Kerstin Rößler legte ihr Amt wegen anderweitiger Inanspruchnahme nieder und kandidierte nicht erneut; die Position einer oder eines Regionalbeauftragten für Sachsen-Anhalt ist nun wieder vakant.

Die Regionalbeauftragten Manfred Lang (Brandenburg), Wilfried Bury (Niedersachsen) und Jörg Scheibe (Thüringen) skizzierten ihre zahlreichen Aktivitäten im Berichtszeitraum. Auch Manfred Lang legte sein Amt nieder und kandidierte aus Altersgründen nicht erneut; die Position einer oder eines Regionalbeauftragten für Brandenburg bleibt zunächst vakant.

Der Schatzmeister, Peter Butze, bezeichnete die finanzielle Lage des Vereins in seinem Bericht als „Besorgnis erregend“; bei einem Mittelbestand von rund 16.000 €, von denen nach einem früheren Vorstandsbeschluss 12.000 € als Liquiditätsreserve vorzuhalten sind, ist die ISVK im Hinblick auf die Förderung kriminalpräventiver Projekte „faktisch handlungsunfähig“. – Nach dem Bericht der Kassenrevisoren über die Kassenprüfung vom 20. April 2009, die keinerlei Beanstandungen ergeben hatte, beantragte Jens Wagner die Entlastung des Gesamtvorstandes, die einstimmig erteilt wurde.

Zur anschließenden Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kassenrevisoren stand für die Position eines 2. Geschäftsführers wiederum kein Kandidat zur Verfügung. Nachdem sich Maren Drewes aus Hamburg und Frank D. Stolt aus Mannheim als Kandidaten für Regionalbeauftragte vorgestellt hatten, wurden die folgenden Mitglieder des Gesamtvorstandes und Kassenrevisoren – ohne Stimmenthaltung oder Gegenstimme – einstimmig gewählt:

Geschäftsführender Vorstand

- Vorsitzender.....Gert Wildenhein
- 1. Stellvertreter des Vorsitzenden.....Prof. Heinz Jankowiak
- 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden.....Dr. Susanne Staral
- 1. Geschäftsführer.....Winfried Roll
- 2. Geschäftsführer.....*nicht besetzt*
- Schatzmeister.....Peter Butze
- Vertreter des Schatzmeisters.....Achim Bornemann
- Protokollführer.....Johannes Gebauer
- Vertreter des Protokollführers.....Bernd Bories

Regionalbeauftragte

Regionalbeauftragter Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz.....	Frank D. Stolt
Regionalbeauftragte Hamburg.....	Maren Drewes
Regionalbeauftragter Hessen.....	Kurt Maier
Regionalbeauftragter Niedersachsen.....	Wilfried Bury
Regionalbeauftragte Schleswig-Holstein.....	Katrin Munny
Regionalbeauftragter Thüringen.....	Jörg Scheibe

Beisitzer

Beisitzer Projektgruppe.....	Frank Thiele
Beisitzer Projektgruppe.....	Derk van Berkum
Beisitzer Öffentlichkeitsarbeit.....	Gero Striek
Beisitzer Internet.....	Jürgen Rose

Kassenrevisoren

Kassenrevisorin.....	Bärbel Loeffler
Kassenrevisor.....	Jens Wagner
Kassenrevisor.....	Klaus Kommoß

Nach der Wahl des Gesamtvorstandes und der Kassenrevisoren stand nur ein Antrag des Geschäftsführenden Vorstandes zu Satzungsänderungen zur Abstimmung, die überwiegend vom Finanzamt für Körperschaften I Berlin angemahnt worden waren; die Änderungen wurden einstimmig beschlossen.

Den Abschluss des offiziellen Teils bildete wiederum ein Fachvortrag: Kriminaloberrat Lars Sünne- mann und Kriminaloberkommissar Thorsten Ivers vom Landeskriminalamt Berlin berichteten über die Arbeit des Fachkommissariats zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie (siehe Seite 5).



DER SCHATZMEISTER HAT DAS WORT: „PROJEKT MITGLIEDERWERBUNG“

Liebe Mitglieder der ISVK, ehe ich Ihnen mein Anliegen vortrage, möchte ich mich kurz vorstellen: Ich heiße Peter Butze und bin 68 Jahre alt. Von 1960 bis 2001 gehörte ich der Polizei an – überwiegend der Kriminalpolizei, wo ich mit Ermittlungen zu Finanz- und Wirtschaftsdelikten befasst war. 1993 wurde ich Mitglied der ISVK und bin seither auch deren Schatzmeister.

Auf der Mitgliederversammlung vom 25. April 2009 habe ich über die aktuelle finanzielle Situation der ISVK berichtet, die ich als Besorgnis erregend einschätze. Weil die ISVK seit etwa 2006 deutlich weniger Zahlungsaufgaben der Justiz zugewiesen bekommt als in den Vorjahren, musste der Verein seine Rücklagen aus „besseren Tagen“ fast vollständig aufbrauchen. Daher war die ISVK in den letzten Jahren wiederholt gezwungen, beantragte Förderungen für wichtige kriminalpräventive Projekte nur teilweise auszureichen oder gar gänzlich abzulehnen. Das betraf insbesondere auch das bedeutende „Grundschulprojekt“ in Berlin, für das der Verein im Jahr 2008 statt der bisherigen 10.000 € nur noch 2.500 € und im Jahr 2009 überhaupt nichts mehr zur Verfügung stellen konnte.

An der Praxis der Justiz, Zahlungen von Straftätern eher den notleidenden öffentlichen Haushalten als gemeinnützigen Organisationen zuzuweisen, wird sich wohl angesichts der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise auch längerfristig nichts Wesentliches ändern, wenngleich wir weiterhin bei Staatsanwaltschaften und Gerichten um die Zuweisung von Zahlungsaufgaben werben. Daher müssen wir uns um die Erschließung oder Erweiterung anderer Geldquellen bemühen. Eine davon ist das Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen; gegenwärtig erhalten wir von rund 180 Mitgliedern etwa 7.000 € pro Jahr an Beiträgen.

Wenn es uns in gemeinsamer Anstrengung gelänge, den Mitgliederbestand in absehbarer Zeit ungefähr zu verdoppeln und so das jährliche Beitragsaufkommen auf etwa 12.000 bis 15.000 € zu steigern, wäre für die ISVK viel gewonnen. Deshalb bitte ich Sie alle, aus Ihrem Verwandten-, Bekannten-, Freundes- oder Kollegenkreis wenigstens ein neues Mitglied für die ISVK zu werben.

Der Mindestbeitragssatz für natürliche Personen beträgt 20 € pro Jahr, jedes Mitglied kann aber einen höheren Beitrag frei bestimmen. Die Beitragszahlung erfolgt grundsätzlich per Bankeinzug in vier Quartalsraten oder auf Wunsch auch in einem Jahresbetrag. Da die ISVK als gemeinnützig anerkannt ist, können die Beiträge steuermindernd geltend gemacht werden; hierfür werden auf Wunsch Zuwendungsbestätigungen nach § 10 b EStG erteilt.


Natürlich kann auch jedes derzeitige Mitglied seinen Beitrag freiwillig erhöhen, wenn es dadurch zur Konsolidierung unserer Finanzen beitragen will und kann; das ist allerdings nicht das vorrangige Ziel meines Aufrufs.

Gestatten Sie mir einen weiteren Hinweis: Auch juristische Personen wie Wirtschaftsunternehmen, Vereine oder Verbände – ausgenommen politische Parteien und ihre Untergliederungen – können der ISVK als Mitglieder beitreten; für sie gilt ein Mindestbeitragssatz von 640 € pro Jahr, der generell ebenfalls in vier Quartalsraten eingezogen wird. In dieser Richtung denke ich hauptsächlich an genossenschaftliche oder kommunale Wohnungsgesellschaften, die ein vitales Interesse an Ordnung, Sauberkeit und der Vorbeugung von Vandalismus haben dürften. Als Mitglied einer Wohnungsgenossenschaft oder Mieter einer kommunalen Wohnungsgesellschaft sollten Sie sich nicht scheuen, dort wegen einer Mitgliedschaft in der ISVK vorzusprechen.

Weitere Informationen (und ein Beitrittsformular zum Ausdrucken) finden Sie oder die von Ihnen angesprochenen Interessenten im Internet unter www.isvk.de; Sie können sie auch von der Geschäftsstelle abfordern.

Lassen Sie mich Ihnen – auch im Namen des Gesamtvorstandes – schon jetzt für Ihr engagiertes Mitwirken am „Projekt Mitgliederwerbung“ danken! Ich wünsche Ihnen und uns allen guten Erfolg.

Ihr



Peter Butze

Fachinformation

Kriminaloberrat Lars Sünnemann
Dezernatsleiter LKA 13, Berlin

BEKÄMPFUNG DER KINDER- UND JUGENDPORNOGRAFIE

Die Berliner Polizei hatte bereits im August 1997 wegen der Straftatenzunahme, der fortschreitenden Globalisierung des Phänomens und der deliktsspezifischen Anforderungen im Bereich der Bekämpfung der Kinderpornografie ein Fachkommissariat im Landeskriminalamt eingerichtet. Unabhängig von der Strafbarkeit ergeben sich für die Berliner Polizei Handlungserfordernisse aus den Tatfolgen, also aus den seelischen Schäden der Opfer. Hinter jedem inkriminierten Bild steht ein dokumentierter sexueller Missbrauch (mindestens) eines Kindes! Der Opferschutzgedanke steht im Vordergrund.

Seit 2003 ist das Fachkommissariat LKA 131 auch für die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung von Pornografie und seit der Strafrechtsnovellierung vom 5. November 2008 für Ermittlungen wegen Besitzes und/oder Verbreitung von Jugendpornografie zuständig. Neben der Arbeit einer Ermittlungsdienststelle nimmt das Kommissariat auch die Aufgaben der „Ansprechstelle Kinderpornografie“ für das Landeskriminalamt Berlin wahr.

Die Berliner Polizei hat das Phänomen kontinuierlich analysiert und daraus personelle, technisch-organisatorische und strategische Maßnahmen abgeleitet:

- Im August 1997 war das Fachkommissariat mit elf Polizeivollzugsbeamten und einer Angestellten im Ermittlungsdienst ausgestattet. Wegen der Steigerung der Vorgangszahlen, insbesondere aber der zu vollstreckenden Durchsuchungsbeschlüsse und der auszuwertenden beschlagnahmten Beweismittel ist das Kommissariat inzwischen auf 17 Polizeivollzugsbeamte und zwei Angestellte im Ermittlungsdienst verstärkt worden.

- Im Jahr 1998 wurden zu diesem Deliktsbereich in Berlin 110 richterliche Beschlüsse zur Wohnungsdurchsuchung vollstreckt, in den letzten Jahren vollstreckt das Fachkommissariat durchschnittlich etwa 200 bis 250 Durchsuchungsbeschlüsse pro Jahr.
- Aufgrund der steigenden Zahl von richterlichen Durchsuchungsbeschlüssen, insbesondere aber wegen der weltweit fortschreitenden technischen Entwicklungen und Speicherkapazitäten stiegen die quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Beweismittelauswertungen. Deshalb wurde die technische Ausstattung des Fachkommissariats von zunächst einem Auswerterechner für die gesamte Dienststelle im Jahr 1998 auf ein serverbasiertes Netzwerk mit einem Auswerteplatz pro Sachbearbeiter ausgebaut und stetig weiterentwickelt.
- Seit 1999 verfügt das für Sexualdelikte zuständige Dezernat LKA 13 im Landeskriminalamt durch eine zweckgebundene Spende der Stiftung Hänsel + Gretel, Karlsruhe, die sich deutschlandweit für den Kinderschutz engagiert, über ein (Kinder-)Videovernehmungszimmer.
- Die Entwicklung einer speziellen Auswertungssoftware für Kinder- und Jugendpornografie wird seit 2008 betrieben; sie soll die bisher genutzte Software ablösen und die Auswertung der Beweismittel nach inkriminierten Dateien (wesentlich) effizienter gestalten.
- Das Fachkommissariat arbeitet eng mit der entsprechenden Fachstaatsanwaltschaft Berlin zusammen und erörtert mit ihr aktuelle Entwicklungen in turnusmäßigen Besprechungen. Dadurch kann auch auf rechtliche Veränderungen rechtzeitig reagiert werden. Noch vor dem Inkrafttreten des § 184c StGB (Verbreitung, Erwerb und Besitz jugendpornografischer Schriften) wurden dessen Auswirkungen erläutert, so dass sie rechtzeitig an die Einsatzkräfte der Berliner Polizei umgesetzt werden konnten.
- Das Fachkommissariat verfügt über einen freien Internetzugang und eine externe E-Mail-Anschrift, über die (auch anonyme) Hinweise an das Kommissariat gesandt werden können.
- Das Fachkommissariat ist mit einer eigenen Homepage im Internetauftritt der Berliner Polizei vertreten.
- Seit Jahren wird eine interne und externe Öffentlichkeitskampagne mit Plakaten und „Flyern“ betrieben.
- Für eine (allgemein) vereinfachte Anzeigenerstattung hat die Berliner Polizei eine Internetwache eingerichtet. Die dort täglich aus der Bevölkerung eingehenden Hinweise auf Kinder- und Jugendpornografie werden direkt und unbürokratisch an das Fachkommissariat weitergeleitet.
- Als Ansprechstelle Kinderpornografie arbeitet das Fachkommissariat eng mit der Zentralstelle Kinderpornografie beim Bundeskriminalamt und den Ansprechstellen der anderen Landeskriminalämter zusammen, insbesondere für einen schnellen Informationsaustausch und eine effektive Weiterleitung von Hinweisen auf inkriminierte Internetseiten, die das Ausland oder andere Bundesländer betreffen.

Trotz dieser Maßnahmen und aller Anstrengungen stößt die Berliner Polizei bei den Ermittlungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und allgemeinen Pornografie an Grenzen durch

- die zunehmende Globalisierung und Anonymisierung des Internets,
- Datenverschlüsselungsmaßnahmen durch Straftäter,
- Verschleierungsmaßnahmen der tatsächlichen Domaininhaber,
- Auslandsservernutzungen in Ländern, mit denen es keine (wirksamen) internationalen Rechtshilfeabkommen gibt sowie
- die rasant steigenden Speicherkapazitäten von veränderbaren Speichermedien.

Der Polizeipräsident in Berlin  Berlin

Bekämpfung der Kinderpornografie

Wer Kinder sexuell missbraucht und Kinderpornografie herstellt, der tötet kleine Seelen!



Bei der Berliner Polizei ist das Fachkommissariat LKA 131 beim Landeskriminalamt zuständig für die Bekämpfung der Kinderpornografie.

Dort werden Ermittlungsverfahren wegen Herstellung, Verbreitung und Besitzes von kinderpornografischem Material bearbeitet.

INFORMATION



Landeskriminalamt 131
Kerlinstraße 30
10787 Berlin
Fon: 4664-913100
E-Mail:
berlin-lka131@t-online.de

Eigendruck im Selbstverlag 2202 11 C.33 279 05/04 1.000